

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 4

Artikel: Schattenwirtschaft : Fluch oder Segen?
Autor: Wehrli, Bernhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schattenwirtschaft – Fluch oder Segen?

Ein vielschichtiges Problem

In den Handbüchern der Volkswirtschaftslehre ist der Begriff der Schattenwirtschaft meistens noch nicht eingeführt. Das ist nicht verwunderlich. Es stellt nämlich eine relativ neue Erscheinung dar, dass überbordender Fiskalismus und zügellose staatliche Reglementiererei einen Teil der produktiven wirtschaftlichen Aktivität gewissermassen in den Untergrund verdrängen.

Die Handbücher vermögen solchen Entwicklungen nicht rasch genug zu folgen. Der Aktualität gemäss pflegen einzelne Aufsätze aus Fachzeitschriften und Festschriften auszufallen. Dies gilt auch für unser Thema¹. Bei der Schattenwirtschaft kann man nach Bruno S. Frey drei Bereiche unterscheiden:

- legales *Ausweichen* aus der «offiziellen», statistisch erfassten Tätigkeit;
- an sich legale Aktivitäten, für die jedoch die Steuer *hinterzogen* wird;
- *illegale* Tätigkeiten, die deshalb auch nicht steuerlich deklariert werden.

Illegal sind nicht nur etwa strafbare Tätigkeiten in durch Gesetz oder sogar durch Verfassung verbotenen Berufen (wie Drogenhandel oder Absinthherstellung). In an sich legalen Berufen kann es vielmehr illegal tätige Arbeitskräfte geben, «Gastarbeiter», die schwarz in ein Land eingereist sind oder – bei erlaubter Einreise – über keine ordnungsgemässe Arbeitsbewilligung verfügen. Andererseits werden als Freizeitbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung berufliche Leistungen erbracht, über die nirgends eine Abrechnung besteht und die sich damit weder statistisch noch fiskalisch erfassen lassen. Das moderne «Do-it-yourself» führt leicht zur freundnachbarlichen Aushilfe mit oder ohne Barzahlung; wenn mit, so findet meistens keine Quittierung statt, und wenn ohne, so heisst dies praktisch, dass die Gegenleistung in natura abgegolten wird. Unter den offiziell als Arbeitslose gemeldeten Personen dürfte in den meisten Ländern ein wachsender Anteil solcher «Schwarzarbeiter» zu vermuten sein. Dies liegt bei der heutigen konjunkturellen und strukturellen Situation auf der Hand.

Nicht nur der schlechte Geschäftsgang in der offiziellen Wirtschaft, sondern auch «soziale Errungenschaften», die Verkürzung der offiziellen Arbeitszeit, die Zunahme der Freizeit, begünstigen solche Entwicklungen; sie haben den «Freizeitfleiss» gefördert.

Sind Schätzungen möglich?

Man hat versucht, den Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttonsozialprodukt verschiedener Länder zu schätzen. Bruno S. Frey ist vor zwei Jahren auf sehr breite Streubereiche gestossen: in den USA lagen diese (1976 und 1978) zwischen minimal 6 % und maximal 33 %, in Italien (1975 bis 1979) zwischen 10 % und 33 %, in den Niederlanden (1980) zwischen 13 % und 15 %. Bedeutend tiefere Anteilschätzungen hat Frey damals festgestellt für Grossbritannien (3,5 bis 8 %) und für die Bundesrepublik Deutschland (2 %). Für zwei Länder lagen ihm nur weiter zurückliegende Schätzungen vor, nämlich für Frankreich 3 % der Lohnsummen im Jahre 1971 und für die Sowjetunion 6 bis 7 % in den frühen siebziger Jahren. Akuellere Angaben betreffend die Sowjetunion, Frankreich und Schweden finden sich in den in diesem Aufsatz eingestreuten «Kästchen».

Man mag sich fragen, was von ziffernmässigen Schätzungen zu halten ist. Es entspricht dem Wesen der «Industria sommersa», des «Travail clandestin», der «Parallelwirtschaft», dass sie sich eben der statistischen Erfassung entziehen. So ist es eigentlich nur natürlich, dass auf diesem Gebiet häufig der Recherchierjournalismus an die Stelle der Statistik getreten ist. Er eignet sich vorzüglich, um interessante – zum Teil auch sensationelle – Details zutage zu fördern. Aber führen seine Methoden nicht zu Überreibungen? So wurde zeitweise die Zahl der Schwarzarbeiter allein in der Schweiz auf 150 000 geschätzt (einheimische Doppelverdiener und ausländische «Illegale»), was aber offensichtlich zu hoch gegriffen war².

Andererseits stellt sich die Frage, ob gewisse Anhaltspunkte es doch erlauben, zu makroökonomischen Vorstellungen vorzustossen. Mit Frey könnten sich je nach den nationalen Verhältnissen hiefür eignen: Vergleiche zwischen den Zahlen über den Arbeitsmarkt und die Erwerbsquote, allfällige Angaben über aufgedeckte Steuerhinterziehungen bei Einkommen, Vergleiche zwischen den Konsumausgaben und der Geldmengenentwicklung. Amerikanischen Beobachtern ist aufgefallen, dass sich innerhalb der Geldmenge im engeren Sinn ($M_1 = \text{Bargeld} + \text{Sichteinlagen}$) das Verhältnis zwischen diesen beiden Elementen seit Jahren permanent zugunsten des Bargelds verschoben hat. Dies führte zum Verdacht, illegale Transaktionen oder «other activities that participants wish to hide» seien in Expansion

begriffen³. Vereinfacht ausgedrückt scheint in Amerika schon die blosse Tatsache, dass die Bezahlung mit Kreditkarten zum Teil wieder vom alten Cash-System abgelöst wird, als symptomatisch für das Wachsen der «Underground Economy» angesehen zu werden.

Die Schwierigkeiten bei der quantitativen Erfassung der Schattenwirtschaft haben in Amerika zu einem weiteren neuen Begriff geführt, demjenigen der «*Unobserved Economy*». Auf deutsch könnte man – weniger lapidar – von jener Wirtschaft sprechen, die sich von den Statistikern und Nationalökonomien nicht messen, nicht überblicken lässt, die keinen Eingang in die nationale Buchhaltung findet. Die «*Unobserved Economy*» besteht nach amerikanischer Auffassung aus zwei Teilen: aus einem Markt, auf dem Waren und Dienstleistungen gegen Geld ausgetauscht werden, legal oder illegal, jedoch ohne dass der Mechanismus der nationalen Buch-

Die Schattenwirtschaft der Sowjetunion

Parallel zum staatlichen Sektor entwickelte sich eine «zweite Wirtschaft», die einen bemerkenswerten Umfang angenommen hat. Eine ihrer Formen ist die Assoziierung von Arbeitern und Bauern unter der Leitung eines Vorarbeiters, den sie wählen, der seine Dienste vertraglich den Staatsbetrieben vermietet und den Gewinn unter den Mitgliedern verteilt. Es handelt sich um das traditionelle russische «kartel». In der Industrie nennt man diese Arbeiter «schabaschniki», jene, die «samstags» oder schwarz arbeiten. Besonders im Bau ist ihre Rolle wichtig, denn sie geniessen den Ruf, Qualitätsarbeit zu leisten. Diese Unabhängigen, die nicht im Dienst des Staates stehen, arbeiten bis zu 15 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche. Ihre Einkünfte sind vier- bis fünfmal höher als die der staatlich angestellten Bauarbeiter. In manchen Fabriken dürfen die Arbeiter Teams von Freiwilligen bilden und werden nach ihrer Leistung bezahlt. Die Produktivität dieser Teams soll zweimal so gross sein wie die der gewöhnlichen Arbeiter. Man findet Entsprechendes auch im Transportwesen und auf anderen technischen Gebieten. Annähernd zwei Fünftel aller Bauarbeiten werden heute von solchen Teams oder Schwarzarbeitern geleistet.

In der Landwirtschaft sind die Leistungen der Privaten spektakulär. Nur drei Prozent des verfügbaren Bodens ist ihnen zugeteilt, aber hier wird fast ein Drittel des Fleisches, der Milchprodukte, des Gemüses der Sowjetunion hergestellt. Die Produktivität ist achtmal so gross wie die des landwirtschaftlichen Staatssektors.

(...)

Trotz der erwiesenen Leistungen dieses Systems schikanieren die Bürokraten den privaten Sektor und versuchen, die Initiative zu unterdrücken. Die Machtelite hat ein Interesse, die Unwirtschaftlichkeit zu perpetuieren.

Richard Pipes «Die Sowjetunion in der Krise», in *Politique Etrangère*, Paris, Heft 4, 1982.

haltung induziert wird, sowie in einen nicht-monetären Sektor, ebenfalls legal oder illegal, der bis zum Eigenverbrauch in landwirtschaftlichen Haushaltungen reichen würde. Im monetären Bereich wären auch Transaktionen, die aus irgend einem Grunde nur mit einem «*Underrating*» in die offiziellen Statistiken eingehen, anteilmässig der «*Unobserved Economy*» zuzuordnen. Am Bruttosozialprodukt gemessen, soll die Dunkelziffer des monetären Bereiches in den USA 16 bis 27 % betragen, im Vereinigten Königreich 15 %, in Kanada 14 bis 20 % und in der Bundesrepublik Deutschland 14 bis 27 %⁴.

Vergleichsweise sei ein Beispiel erwähnt, wonach sich auch in der schweizerischen Statistik möglicherweise ein «*Underrating*» auswirkt. Wer Importgüter in unser Land liefert, hat unter Umständen ein Interesse daran, neben der offiziellen Bezahlung auch über in unserem Land frei verfügbare Schweizer Franken disponieren zu können. Dies kann zu einer Underdeklarierung bei Importlieferungen und damit zu einer gewissen Verfälschung der schweizerischen Handelsstatistik beitragen. Schätzungen sind aber kaum möglich.

Erweist es sich schon in einem so simplen Fall als unmöglich, das Ausmass der «*Unobserved Economy*» zu beziffern, wie schwierig ist dies dann für die gesamte Schattenwirtschaft! Und da solche Berechnungen ja immer in Relation zu den Zahlenreihen der «*Observed Economy*» vorgenommen werden, wie fragwürdig sind dann gesamtwirtschaftliche Grössen wie Bruttosozialprodukt, Volkseinkommen, Ertragsbilanz, Wertschöpfung usw.! Auch sie beruhen ja nur auf Schätzungen. Je grössere Schattenwirtschaftsanteile vermutet werden müssen, desto ungläubhafter wird die offizielle Statistik.

Schattenwirtschaft und Staat

Die Frage, als *wie schädlich* oder *wie nützlich* die «*Schattenwirtschaft*» einzustufen ist, führt automatisch zu weiteren Fragen. Wie gut oder wie schlecht erfüllt der betreffende Staat seine Aufgaben? Entspricht die vom Staat geschaffene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den Bedürfnissen seiner Bevölkerung? Wie stark vermag sich die Bevölkerung mit der staatlichen Rahmenordnung zu identifizieren?

Ohne auf die Verhältnisse in den kommunistisch beherrschten Ländern näher einzutreten, die ja alle als Gegengewicht zu ihrer verplanten offiziellen Wirtschaftspolitik mehr oder weniger eine Schattenwirtschaft dulden, sei im folgenden kurz auf die unterschiedlichen Voraussetzungen hingewiesen, die bei der Behandlung der vorgenannten Fragen zu beachten

sind, wenn man die Schweiz und ihr südliches Nachbarland Italien miteinander vergleicht.

In der *Schweiz* bestand bis jetzt ein hoher Grad der Identifikation der Bürger mit ihrem Staat. Es hängt dies zusammen mit der relativen Überblickbarkeit der Verhältnisse, mit der Institution der Referendumsdemokratie, mit der hohen Bedeutung, die dem Milizsystem nicht nur in der Armee zukommt, sondern auch in den Behörden von Gemeinden und Kantonen und im Gegensatz zum Ausland selbst in der nationalen Legislative. Der interessierte oder – modisch ausgedrückt – der «betroffene» Bürger vermag an der Gesetzgebung und zum Teil an der Gesetzesanwendung direkt mitzuwirken. Der schweizerische Staatsgedanke ist in einer bemerkenswert kontinuierlichen Geschichte verankert⁵.

Solche Konstanten einer typischen Willensnation fehlen im modernen *Italien*, dessen Kommunen den alten Eidgenossen einst zum Vorbild gedient hatten. Dieses Land erlebte aber Jahrhunderte der Fremdherrschaft. Und als sich im 19. Jahrhundert ein italienischer Nationalstaat bildete, wurde dieser von Anfang an, gemessen am Volkscharakter der Italiener, zu zentralistisch konzipiert. Die staatlichen Umwälzungen im 20. Jahrhundert haben die Konstruktionsfehler des Einheitsstaates nicht korrigiert. Gerade in nachfaschistischer Zeit bildete sich wieder eine neue «classe politica». Sie liess wenig Staatstreue aufkommen, leitete anfänglich zwar ein Wirtschaftswunder ein, versagte aber, sobald es Solideres zu bieten galt als die Befriedigung kurzfristiger Kosumenteninteressen. Das Bestreben, die Industrialisierung und den Technologietransfer vom Norden nach dem Süden voranzutreiben, versandete und degenerierte; im Mezzogiorno stiess es auf ein unausrottbares Klientelwesen. Und in den Regionen mit einer aufländischen Tradition der Selbsthilfe, wie beispielsweise in der Emilia und in den Marken, wurde der Aufschwung mit einer besonders hohen Quote der Schattenwirtschaft quittiert⁶. Dies ist der Ausdruck einer Tradition, die den Staat als Feind betrachtet.

Auswüchse

Gravierende Formen beginnt die Schattenwirtschaft vor allem anzunehmen, wo der Hang des Bürgers, dem Druck der staatlichen Reglementiererei und einem als unadäquat empfundenen Fiskalismus auszuweichen, sich paart mit einem skrupellosen Missbrauch von Arbeitslosenhilfe, Kindergeld und anderen Sozialunterstützungen. Der Ausbeutung des Bürgers und der Wirtschaft durch den Staat steht dort die *Ausbeutung des Staates und des ehrlichen Steuerzahlers durch einen Teil der Bürger gegenüber*. Ein Gift

mangelnder Staatsgesinnung verbreitet der Subventionsbetrug. Er hat durch die Abschöpfungssysteme der EG-Agrarwirtschaft auch eine internationale Dimension erhalten. Das sogenannte gemeinschaftliche Versandverfahren (gVV) in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat fatalerweise

Ratlosigkeit in Frankreich

Nach einem parlamentarischen Untersuchungsbericht von 1979 wird die Zahl der Schwarzarbeiter in Frankreich auf 800 000 geschätzt. Die Wertschöpfung der Ökonomie im Untergrund wurde danach auf neunzig Milliarden Franc beziffert – soviel wie der Umsatz der französischen Automobilindustrie. Etwa bei zehn Milliarden Franc, so die Untersuchung, hätten die so verdienten Löhne und Gehälter gelegen.

Eine Untersuchung der französischen Sozialversicherung von 1979 gibt demgegenüber den Umsatz der Schwarzarbeit-Branche nur mit etwa vierzig Milliarden Franc an. Zugleich aber schätzen die Versicherungsexperten den Ausfall an Sozialversicherungsbeiträgen auf achtzehn Milliarden Franc und die dem Fiskus entgangenen Mehrwertsteuereinnahmen auf sechs Milliarden.

*Neue Zahlen darüber, wie sich die Schwarzarbeit in Frankreich seitdem entwickelt hat, gibt es nicht. «Es ist», wie die Tageszeitung *Le Monde* anmerkt, «eine nur schwer zu beziffernde Wirklichkeit.» Dennoch herrscht Einigkeit, dass die allgemeine Wirtschaftskrise das Wachstum der Ökonomie im Untergrund begünstigt. Vor allem im Baugewerbe, das von der Konjunkturflaute in erster Linie betroffen ist, scheint die Schwarzarbeit keine Talsohle zu kennen. Der *Nouvel Observateur* zitiert einen Bauunternehmer aus der Auvergne mit den Worten: «Im Bau wird zur Hälfte schwarz gearbeitet.» Ein Sprecher der Kammer des Baugewerbes in Paris: «Das sind merkwürdige Familien, in denen Ärzte und Apotheker mit lauter Maurern und Zimmerleuten verschwägert sind.» Solche Verwandtschaften sind um so erstaunlicher, wenn die Vettern aus Jugoslawien, Marokko oder Portugal kommen.*

Zwar hat Premierminister Pierre Mauroy der Schwarzarbeit den Kampf angesagt, doch es gibt Stimmen, die daran zweifeln, ob dieser «Mangel an nationaler Solidarität» (Mauroy) wirklich auszurotten ist. Eine Ursache für derartige Zweifel ist die von der Regierung geförderte Verkürzung der Arbeitszeit: Nach der Einführung der 39-Stunden-Woche, der fünften bezahlten Urlaubswoche und der Vorverlegung des Rentenalters durch vorgezogene Ruhestandsregelungen wächst die Zahl der Arbeitskräfte, die nicht so sehr nach einem Nebenverdienst Ausschau hält als vielmehr eine sinnvolle Beschäftigung in der aufgezwungenen Freizeit sucht.

*«Bei der voraussehbaren Explosion des Systems des vorgezogenen Ruhestands könnte die Schwarzarbeit in einigen Jahren für eine grosse Zahl von älteren Menschen zur Notwendigkeit werden», schreibt das Magazin *L'Express* und resümiert: «Wir haben eine besondere Eigenschaft, Probleme in dem Augenblick aufzugreifen, wenn sie nicht mehr zu lösen sind.»*

Hans-Hagen Bremer in *Die Zeit*, Hamburg, Nr. 10, 4. März 1983.

vielleicht die Transaktionen im Untergrund mehr gefördert als den legalen Handel. Hinter dem Missbrauch des Gemeinschaftsrechts verstecken sich kriminelle Auswüchse von der Korruption bis zur Lastwagenpiraterie⁷.

Insoweit als die Schattenwirtschaft in eindeutig kriminellen Tätigkeiten besteht, kann es dafür keine ökonomische Rechtfertigung geben, höchstens eine mehr oder weniger stichhaltige Erklärung durch wirtschaftliche Motive. Indessen darf man nicht übersehen, wie unterschiedlich von Land zu Land die Vorstellungen darüber sind, von welchem Punkt an kommerzielle und finanzielle Ausweichmanöver als deliktische Handlungen zu gelten haben. Jedes Volk hat seine eigenen Vorstellungen von den Kriterien blosser Kavaliersdelikte. Man darf gespannt sein, wie beispielsweise das sozialistische Frankreich der Schattenwirtschaft zu Leibe rücken wird. Der Gedanke an ein «pays réel», das dem «pays légal» nicht mehr entspricht, hat den cartesianischen Geist der Franzosen schon in früheren Zeiten beunruhigt. Vom Gegensatz dieser beiden Begriffe ging – allerdings in einem rein politischen Sinne – schon unter Louis-Philippe eine gewisse Sprengkraft aus⁸, und in den dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts hat sich Charles Maurras in der «Action Française» oft und genüsslich der beiden Ausdrücke bedient, wenn er gegen die Dritte Republik polemisierte.

Wirtschaftliche Überlegungen

Gehen von der Schattenwirtschaft auch *produktive Impulse* aus? Diese Frage stellt sich in verschiedenen Ländern. Arbeitsfleiss und Unternehmungsfreude sind, selbst wenn sie in Schwarzarbeit bestehen oder sich solcher bedienen, auch als Korrekturfaktor zu würdigen, der einer Volkswirtschaft mehr einbringt als Faulheit, Tatenlosigkeit und resignierter Untertanengeist. In Ländern mit extremen Verhältnissen wäre es ohne ein gesundes Mass an anarchischer Selbsthilfe um die Prosperität vielleicht noch schlechter bestellt. Nicht nur die Umsätze, die in der Statistik erscheinen, sondern auch «Do-it-yourself» und Schwarzarbeit verkörpern eine Wertschöpfung. Es besteht für sie ein Markt. Die Löhne der Schwarzarbeit und die Preise der mit Schwarzarbeit hergestellten Güter sind und bleiben Löhne und Preise. Sie schaffen einen Ausgleich zu jenen der offiziellen Zahlenreihen, die nur die sichtbare Wirtschaft widerspiegeln. Sie sind somit als marktwirtschaftliche Korrektur zu würdigen. Sie lassen Wettbewerbskapazitäten wieder aufleben, die unter den Regeln des «pays légal» verkümmerten, doch für die Schwarzarbeiter können bei Unfall und Krankheit fatale Konsequenzen auftreten.

Die ganze Entwicklung ist als ein Zeichen dafür zu werten, dass die

sozialstaatliche Entwicklung zum Teil in falscher Richtung gegangen ist. Unmittelbar als Wohltaten empfundene und daher populär erscheinende Massnahmen haben begonnen, sich mittelbar – in bestimmten Ländern mehr, in anderen weniger – als falsche Weichenstellungen zu erweisen. Das moderne Arbeitsrecht und das Sozialversicherungsrecht haben zwar die persönlichen Bedingungen der Arbeitnehmer verbessert. Wie sehr dadurch aber Strukturen verschlechtert worden sind, die ihre Berechtigung hatten, wurde lange zuwenig erkannt. Die Personalkosten in der legalen Wirtschaft, die früher weitgehend *variable Kosten* waren, verwandelten sich immer mehr in *Fixkosten*. Wie wenn es in Unternehmungen, die technisch auf der Höhe bleiben möchten, bei ihrem hohen Kreditbedarf nicht schon genug Fixkosten gäbe! Die Firmen haben dadurch an Beweglichkeit verloren. In die Lücke treten teilweise andere Unternehmungen und Initiativen, die das geschriebene Recht verletzen.

Es liegt also im Wesen eines übertriebenen und wirklichkeitsfremden Sozialstaates, dass er bei einzelnen Tätigkeiten den Markt ins Reich der Schatten verdrängt. Dort macht sich das Denken in wirtschaftlichen Kategorien wieder Luft, indem es die staatlichen Ordnungen unterläuft: geisterhaft wie ein «revenant». Wo nur noch ein solcher Ausgleich wirtschaftliche

«Staat der Denunzianten»

Schweden ist seit vielen Jahren auf dem Weg zu einer «quittungslosen Gesellschaft». Bestellt eine Privatperson einen Handwerker, entweder weil der Wasserhahn tropft oder weil man sich ein Sommerhaus bauen möchte, taucht bei der Preisverhandlung nicht selten – Experten behaupten, in bestimmten Berufsgruppen sogar in der Mehrheit – die Frage auf, ob man als Auftraggeber Wert auf eine Quittung legt. Ist sie entbehrlich, kann man die Kosten erheblich reduzieren. Immerhin beträgt bereits die Mehrwertsteuer 23,46 Prozent, und die Arbeitgeberabgaben liegen bei etwa 40 Prozent.

Einer verliert bei diesem Geschäft – der Staat –, und nun wehrt er sich dagegen. Allerdings war er es, der auf Grund seines grenzenlosen Steuerbegehrrens wesentlich zum Aufbau dieses schwarzen und grauen Arbeitsmarktes beitrug. Anstatt aber nun das Übel an seiner Wurzel anzugreifen, verpflichtet man den Bürger zur Denunziation.

In diesen Tagen brüten die Schweden über ihrer Steuererklärung für 1982. Sie muss bis zum 15. Februar abgegeben sein. Zunächst müssen sie sich aus knapp tausend Formularen die für sie richtigen heraussuchen. Diesmal brauchen sie sich allerdings noch keine Gedanken darüber zu machen, ob sie «auf Ehre und Gewissen» unterschreiben können, niemandem 160 Mark oder mehr ausgezahlt zu haben. Aber – bezeichnenderweise – 1984 ist es soweit.

Reiner Gatermann, Stockholm, in *Die Welt*, Bonn, Nr. 16, 20. Januar 1983.

Aktivitäten auszulösen vermag, hat die Gesellschaft einen desolaten Zustand erreicht. Denunzianten werden zu «Stützen der Gesellschaft».

Vermischung der Ordnungsprinzipien

Es wäre zu wünschen, dass die europäischen Industriestaaten, die USA und andere Demokratien die Gefahr des Strukturzerfalls wieder zu bannen vermöchten. Dieser hängt weitgehend damit zusammen, dass in der sogenannten freien Welt in den letzten Jahrzehnten einem unüberlegten Zusammenfliessen der marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien mit Eigenheiten und Elementen der gelenkten Wirtschaft und des Staatssozialismus zuwenig Widerstand geleistet worden ist.

Man könnte von einem *Phänomen des Synkretismus* sprechen, wenn man etwa das Zusammenfliessen von Weltanschauungen, Göttern und Kulten vor Augen hat, wie es aus der Religionsgeschichte bekannt ist. Den Synkretismus wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Spielregeln kann man nicht ad infinitum gewähren lassen, weil das früher oder später zu Unvereinbarkeiten führt. Die Unterschiede im Ausmass der Schattenwirtschaft von Land zu Land zeigen, wo und wann die Vermischung der Ordnungsprinzipien einen kritischen Punkt erreicht. Wären Unternehmerfreiheit und staatliche Reglementiererei, private und staatliche Verantwortung, spontane und gelenkte «Machbarkeit» nicht in Widerspruch geraten, so stünden die Staaten nicht vor dem geschilderten Problem. Von der wirtschaftlichen Vernunft aus betrachtet sollte die Vermischung dort ihre Grenzen haben, wo die staatlichen Eingriffe dem Subsidiaritätsprinzip zuwiderlaufen. Psychologisch ist der kritische Punkt immer dort erreicht, wo der Staat durch sein Fehlverhalten die Loyalität seiner Bürger verscherzt.

Der Schattenwirtschaft ist nicht beizukommen, indem man sie mit Polizeigewalt unterdrückt. Man kann nicht jeden Arbeitswilligen, jede spontane Initiative einer Aufsicht unterstellen und gleichzeitig die Vorteile der Marktwirtschaft verkünden. Der Synkretismus der wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen selber erfordert eine Korrektur, wenn er sich in Unvereinbarkeiten manifestiert. Für die praktische Wirtschaftspolitik kann dies nur bedeuten, dass sie sich häufiger von der Illusion abwenden sollte, die antagonistischen Interessen im wirtschaftlichen und sozialen Leben liessen sich stets durch Kompromisse überbrücken.

Die Schattenwirtschaft und die in ihr tätigen Bürger – soweit nicht eindeutiger Kriminalität verhaftet – bedürfen der Möglichkeit, wieder in die Legalität einzusteigen. Die staatlichen Ordnungen bedürfen einer Liberali-

tät, die auch Zweit- und Drittätigkeiten akzeptiert. Der gesunde Unternehmergeist bedarf der Möglichkeit, den menschlichen Arbeitsfleiss auch unter Bedingungen zu nutzen, die nicht automatisch zu fixen Kosten führen. Bei der Vermischung unvereinbarer Ordnungsprinzipien wurde der Freiraum der Märkte in allzu leichtfertiger Weise eingeschränkt.

¹ Vgl. beispielsweise Bruno S. Frey: Wie gross ist die Schattenwirtschaft?, in «Wirtschaft und Recht», Jg. 33, Heft 3/4, 1981; und vom gleichen Autor zusammen mit Hannelore Weck und Werner W. Pommerehne: Has the Shadow Economy grown in Germany?, in «Weltwirtschaftliches Archiv», Bd. 118, 1982, Heft 3; ferner Günter Schmöllers: «Schattenwirtschaft» in «Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft», Festschrift für Walter Adolf Jöhr zum 70. Geburtstag, Tübingen 1980. – ² Vgl. 150 000 oder 30 000 Schwarzarbeiter in der Schweiz in NZZ vom 26. Februar 1982, Nr. 27. – ³ Vgl. Normann N. Bowisher: The Demand of Currency (Is the Underground Economy

undermining Monetary Policy?) in Review of the Federal Reserve Bank of St. Louis, January 1980. – ⁴ Vgl. Edgar L. Feige: Macroeconomic Malaise and the «Unobserved Economy» in «Economic Impact», Heft 4, 1982. – ⁵ Vgl. Gerhard Winterberger: Schweizerischer Staatsgedanke und europäische Integration, in «Reformatio», Heft 5/6, 1963. – ⁶ Vgl. Anderea Saba: L'Industria Sommersa (il nuovo Modello di Sviluppo), Venezia 1980. – ⁷ Vgl. Lastwagen-Piraterie (Betrogene Spediteure, überforderte Polizeiorgane) in NZZ vom 22./23. Januar 1983, Nr. 18. – ⁸ Vgl. Henri Guillemin: Victor Hugo par lui-même, S. 107, Paris 1951.

Wer seine Zivilcourage an Bagatellen verschwendet, kann leicht dorthin kommen, wo man ihn mit dem Querulanten verwechselt. Es geht aber hier nicht um den Unterschied zwischen den grossen und kleinen Dingen, sondern darum, ob mir die Sache am Herzen liegt; ist das der Fall, dann ist auch eine Kleinigkeit den Einsatz wert.

*Edgar Schumacher, in «Schweizer Monatshefte»
April 1963.*